



Stockhofs aus Berlin

Liebe Leserinnen und Leser!

Bereits auf der Klausurtagung des CDU/CSU-Fraktionsvorstands Anfang September dieses Jahres haben wir den Beschluss gefasst, Kinderehen in Deutschland zu verbieten. Damit senden wir das unmissverständliche Signal, dass wir einen besseren Schutz von Minderjährigen wollen und Kinderehen in Deutschland nicht dulden. Ehen, die unter Verstoß gegen das Kindeswohl oder unter Zwang oder jedweder Unterdrückung der Frau zustande gekommen sind, können von der deutschen Rechtsordnung nicht akzeptiert werden.

Die Rechts- und Familienpolitiker sind dazu bereits in intensiven Gesprächen mit dem Bundesjustizministerium. Zusammen mit Thomas Oppermann und Gerda Hasselfeldt sind wir uns einig, dass wir bei der Frage des Verbots von Kinderehen keine Ausnahmen oder eine Härtefallregelung wollen. Jeder Fall ist einer zu viel. Wir erwarten nun von Bundesjustizminister Maas, dass er zügig einen Gesetzentwurf vorlegt. Von Seiten der Unionsfraktion wollen wir noch in diesem Jahr zu einer gesetzlichen Regelung kommen.

Es grüßt Sie herzlich

Ihre Rita Stockhofs

Gesetz zum Erlass und zur Änderung marktordnungsrechtlicher Vorschriften sowie zur Änderung des Einkommensteuergesetzes

Mit diesem Gesetz haben wir in erster Lesung über die rechtlichen Grundlagen zur Stärkung der Milcherzeugung in Deutschland beraten. Es schafft die Voraussetzung, um europäische Hilfen für die Landwirtschaft zu nutzen und diese mit nationalen Mitteln auf insgesamt 116 Millionen Euro zu verdoppeln. Durch Stabilisierung der Milchmenge bei gleichzeitig garantierter Beihilfeleistung sichern wir die heimischen Erzeugerstrukturen und setzen die Ergebnisse des "Pakts für die Landwirtschaft"

um. Zusätzlich verbessern wir durch Anpassungen im Einkommensteuergesetz die Gewinnermittlungsverfahren für land- und forstwirtschaftliche Betriebe und ermöglichen diesen so mehr ökonomische Flexibilität.

Dem Frieden verpflichtet – Friedens- und Konfliktforschung stärken

Wissenschaft und Forschung leisten wesentliche Beiträge zur Friedenssicherung, Gewalt- und Krisenprävention sowie zur Lösung von Konflikten. In unserem Antrag würdigen wir die exzellenten und international anerkannten wissenschaftlichen Einrichtungen der Friedens- und Konfliktforschung in Deutschland. Wir fordern die Bundesregierung gleichzeitig auf, die Friedens- und Konfliktforschung weiterhin gezielt zu fördern, eine stärkere Verbreitung der Forschungserkenntnisse zu unterstützen sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs und den internationalen Austausch zu stärken.

Armut in Deutschland nimmt ab

Die Zahl der von Armut betroffenen Menschen in Deutschland nimmt weiter ab. Laut Auskunft des Statistischen Bundesamts ging ihr Anteil im Vergleich zum Vorjahr um 0,6 Prozentpunkte zurück und erreichte mit 4,4 Prozent der Gesamtbevölkerung den niedrigsten Stand seit mehr als zehn Jahren. Die positive Entwicklung spiegelt sich auch im europäischen Vergleich wider, wo der Durchschnittswert für alle Mitgliedstaaten bei 8,1 Prozent lag. Auch mit Blick auf Armutsgefährdung kann ein zuversichtliches Resümee gezogen werden, denn in praktisch allen Altersgruppen ist die Gefahr der Armut in Deutschland niedriger als in den übrigen EU-Staaten. Wie die Erhebung zeigt, ist die Definition der Armutsgefährdung jedoch generell zu hinterfragen. Denn angesichts eines Grenzwertes von 1033 Euro monatlich verfügbaren Einkommens, unter welcher eine Einzelpersonen als armutsgefährdet gilt, umfasst der Wert von 16,7 Prozent den Großteil der Studierenden in Deutschland. Eine Bevölkerungsgruppe, die sich selbst nicht als armutsgefährdet wahrnimmt und dieses auch nach objektiven Gesichtspunkten nicht ist.

(Quelle: Süddeutsche Zeitung, Statistisches Bundesamt)

Deutsche Unternehmen stellen unvermindert ein

Das Beschäftigungsniveau in der deutschen Wirtschaft entwickelt sich weiterhin positiv. Nach Befragung des ifo-Instituts stieg das Beschäftigungsbarometer im Oktober auf 110,7 Punkte nach 110,2 im Vormonat. Dies ist der zweithöchste jemals gemessene Wert. Wie die Statistiker ermittelten, sind nahezu alle Branchen unverändert auf Mitarbeitersuche. Aufgrund der sehr guten Auftragslage sucht beispielsweise das Bauhauptgewerbe immer mehr Arbeitskräfte, ebenso vermeldet der Dienstleistungsbereich konstanten Bedarf an qualifiziertem Personal.

(Quelle: ifo-Institut, München)

Meine Termine vor Ort

12.11.2016, 09.00 Uhr	Faires Frühstück, CDA Herten
12.11.2016, 11.00 Uhr	Briefmarkenausstellung Marler Stern
14.11.2016, 13.00 Uhr	Gelsenwasser, Gespräch mit Vorstandsvorsitzenden Deters
14.11.2016, 15.30 Uhr	CDU Ruhr, Gründung Netzwerk Landwirtschaft Ruhr
14.11.2016, 18.00 Uhr	Diskussion mit Milchbauern in Breckerfeld
15.11.2016, 18.30 Uhr	OV Brassert-Lippe Marl, Kompohax
16.11.2016, 19.30 Uhr	Vorstandssitzung CDU Kreisverband
17.11.2016, 09.30 Uhr	Besuch im Wahlkreis Dr. Kippels
17.11.2016, 18.30 Uhr	Parl. Abend Euro Tier 2016
17.11.2016, 19.30 Uhr	Infoabend Lippeverband
18.11.2016, 08.30 Uhr	Bundesweitervorlesetag, Grundschule Sickingmühle in Marl